

Professor Dr. rer. nat. Georg Müller

Raumnot der Bergakademie Clausthal in den Jahren 1922 bis 1925 und Pläne zur Verlegung der Hochschule nach Goslar

Ausgangssituation

Im Deutschland der Jahre 1919 bis 1924 war die politische Situation höchst instabil. Wäre der gegen eine große Übermacht feindlicher militärischer und wirtschaftlicher Kräfte verlorene Weltkrieg mit allen seinen Opfern von der deutschen Bevölkerung vielleicht noch psychologisch zu verkraften gewesen, so waren doch sehr große Teile aller sozialen Schichten im Deutschen Reich wegen der demütigenden ideellen und materiellen Bedingungen des Versailler Vertrages höchst verbittert. Die Zuweisung der alleinigen Schuld am Ausbruch des Krieges im Jahre 1914 an die Mittelmächte Österreich-Ungarn und Deutschland wurde als höchst ungerecht empfunden. Die ungeheuer großen Reparationsforderungen der Siegermächte führten zur Massenverarmung und den damit verbundenen sozialen Problemen. In wechselnder Folge hatte sich die Reichsregierung Putsch- und Aufstandsversuchen von links und rechts zu erwehren, wobei sie sich seit dem Aufstand der Linksradi-kalen im Januar 1919 in Berlin zunehmend auf konservative militäri-sche Kräfte stützen sollte. Andererseits aber wurde der von rechts organisierte Kapp-Putsch durch die Flucht der Regierung aus Ber-lin und mit einer machtvollen Reaktion der Gewerkschaften, näm-lich durch einen Generalstreik, zum Scheitern gebracht.

Mit der Unterzeichnung des Versailler Vertrages war der Krieg zwar beendet, doch wurde im Osten an den Grenzen des Deutschen Reiches noch weiter gekämpft. Deutsche Freikorps operierten im Baltikum und in Finnland auf der Seite nationaler politischer Bewe-gungen, die schließlich zur Unabhängigkeit Finnlands und der balti-schen Staaten, welche bis dahin zum russischen Zarenreich gehör-ten, führten. Deutsche Freiwilligenverbände kämpften aber auch, darunter eine Hundertschaft Clausthaler Studenten, in Ober-schlesien gegen polnische Insurgententruppen um Gebiete, die Polen annectieren wollte.

Selbstverständlich hatten diese großen politischen Probleme ihre Rückwirkungen auf alle Lebensbereiche, auch auf die Stadt Claus-thal und die Bergakademie. War die Not der Bergarbeiterfamilien schon in den letzten Kriegsjahren sehr groß, so wurde sie jetzt durch die Kriegsfolgen noch größer. An der Bergakademie Claus-thal stieg die Zahl der Studenten dramatisch infolge der Demobili-sierung der Armee, der Reduzierung der Berufssoldaten auf das sogenannte Hunderttausend-Mann-Heer und durch die Auflösung des Freikorps nach Beendigung der Kämpfe im Baltikum und in Oberschlesien. An der für etwa 200 Studenten ausgelegten Berg-akademie Clausthal waren, einer Denkschrift des Rektors Profes-

sor Dr. Valentin an den preußischen Landtag und an das Ministerium für Handel und Gewerbe vom Dezember 1922 folgend, 850 Reichsdeutsche, 7 Auslandsdeutsche und 4 Ausländer sowie 69 Gasthörer immatrikuliert. Eine gleich hohe Zahl nennt der Rektorsbericht vom 20. Mai 1924 für das Wintersemester 1923/24 (2). Diese große Studentenzahl bedeutete für das Dutzend Professoren der Bergakademie eine ungeheure Arbeitsbelastung, für die Studenten aber höchst mangelhafte Studienbedingungen. Die großen Hauptvorlesungen mußten in der Aula des Gymnasiums gehalten werden, in welcher es keine Tische gab, so daß die Studenten auf den Knien mitschreiben mußten. In den Praktika mußte Schichtdienst eingeführt werden (1).

Die Beziehungen der meisten Professoren, Assistenten und Studenten zur Bürgerschaft Clausthals und Zellerfelds waren auch in den zwanziger Jahren wie schon seit Generationen nicht feindlich, aber deutlich distanziert.

In den sozial schwachen Schichten der beiden Bergstädte machte sich Anfang der zwanziger Jahre eine deutliche politische Radikalisierung bemerkbar, die von den Kommunisten und linken Sozialdemokraten ausging. Insbesondere die Arbeiterjugend trat linksradikal auf und stand im politischen Widerspruch zu den meisten Studenten, die aufgrund ihres Herkommens und ihrer Fronterlebnisse deutschnational empfanden oder konfessionell gebunden waren. So konnte es nicht ausbleiben, daß linksradikale Jugendgruppen und Studenten aneinander gerieten und ihre Differenzen handgreiflich austrugen. In die Streitigkeiten wurden zwangsläufig auch die kommunalen Körperschaften, Behörden, der Rektor, Professoren, Assistenten und Gerichte involviert.

Am 21. Juni 1922 war die Sonnenwendfeier der Deutschen Volkspartei in der Nähe von Voigtslust durch Linksradikale gestört worden (3). Ein Versuch Professor Spackelers, Ortsvereinsvorsitzender dieser Partei, und des Rektors Professor Valentin, die Störer zum Abzug zu bewegen, führte dazu, daß die beiden Professoren blutig geschlagen wurden. Daraufhin kam es zu einer allgemeinen Schlägerei, die im folgenden Jahr vor dem Landgericht Göttingen zu einem Schwurgerichtsprozeß gegen die Zellerfelder Gemüsehändlerin E. Mahn und drei Angehörige der Arbeiterfamilie Fischer aus Clausthal führte.

Am 17. Juli 1922 richtete der Rektor eine Beschwerde über den sozialistischen Landrat des Kreises, Schropp, an den Regierungspräsidenten in Hildesheim, weil Schropp in einer öffentlichen Rede von der Treppe des Landratsamtes herab die Studenten als *gemeine Straßenlummel* beschimpft hatte. Auch der Allgemeine Studentenausschuß (ASTa) protestierte gegen den ehemaligen Arbeiter Schropp beim Regierungspräsidenten mit der Ansicht, daß sich die persönliche parteipolitische Tätigkeit des Herrn Landrats nicht mit seiner Stellung als Staatsbeamter vereinbaren lasse, und daß seine Agitation weit über die Grenze des Erlaubten gehe (3).

Im folgenden Monat fand in Clausthal und Zellerfeld am 22. und 23. Juli eine Kommunistische Jugend-Bezirkstagung statt (3), ein sogenannter *Roter Sonntag*, anläßlich dessen auch eine Fahnenweihe des Unterbezirks Harz am Sonntagmorgen auf dem Bahnhofplatz, eine Kundgebung auf dem Clausthaler Marktplatz *Gegen die reaktionäre, bürgerliche Jugenderziehung, für die proletarische Jugenderziehung*, ein Demonstrationszug durch Clausthal-Zellerfeld zu den Pfauenteichen und dort eine *Revolutionäre Arbeiterfeier* stattfinden sollten.

Bereits in der Nacht zum Sonntag kam es zu Zusammenstößen zwischen kommunistischen Jugendlichen und Studenten. Man provozierte sich gegenseitig, indem die Jugendlichen, auf der Straße in Gruppen streifend, sozialistische Lieder sangen, die Studenten aber in ihren Verbindungshäusern oder in Gasthäusern sitzend, bei offenen Fenstern mit vaterländischen Liedern antworteten. Es kam zu tätlichen Auseinandersetzungen, bei denen, nach den in den Akten befindlichen Protokollen (3), wenige Studenten großen Rudeln ihrer Gegner gegenüberstanden. Der erst fünfzehn Jahre alte Karl Schmid aus Holzminden wurde von dem Studenten Karl Bode in vermeintlicher Notwehr erschossen.

Bode und andere Studenten wurden zusammengeschlagen und mehr oder weniger stark verletzt. Selbst noch am Sonntagabend wurde ein Student in Altenau von Jugendlichen überfallen und verprügelt. Die kommunistischen Jugendlichen stürmten am Sonntagvormittag die Häuser der Burschenschaft *Schlägel und Eisen* und des *Corps Hercynia*, die Gasthäuser *Zur Krone* und *Deutscher Kaiser*, wo studentische Verbindungen ihre Kneipräume hatten. Wappenschilder, Fahnen und anderes Inventar der Verbindungen wurden zerstört (3).

Die Vorfälle fanden eine breite widersprüchliche Presse und führten am 4. August 1922 zu einer Anfrage an die Reichsregierung durch die Reichstagsabgeordneten Quatz und Vögler (3). Da teilweise irreführend oder tendenziös berichtet wurde, sah sich der Rektor veranlaßt, eine Darstellung der Ereignisse in der überregionalen Presse zu veröffentlichen, die jedoch nicht durchgehend sachlich gehalten, eine Schlußpassage mit Angriffen auf mangelnde Sicherheitsvorkehrungen des Landrats Schropp enthielt. Letzterer, dem Rektor geistig in keiner Weise gewachsen, versuchte nun, eine Polizeistunde für die Verbindungshäuser durchzusetzen, was aber ungesetzlich war und vom Regierungspräsidenten in Hildesheim nicht gebilligt wurde. Schropp war leichtsinnig genug, sich nach der Sonnenwendfeier am 21. Mai 1923 im *Deutschen Kaiser* mit Studenten und Stahlhelmen zu einem ausgedehnten Schoppen niederzulassen und wurde volltrunken zur Wohnung des Studenten von Rosen gebracht, wo er in dessen Bett seinen Rausch ausschloß (3). Dieser Situation war Schropp psychologisch nicht gewachsen und beleidigte die Studentenschaft öffentlich, was wiederum zu einer Beschwerde beim Regierungspräsidenten von Halfern führte.

Aber auch mit verschiedenen Bürgern hatten Studenten Auseinandersetzungen, und in dem gereizten Klima kam es zu Überreaktionen. So wurde am 9. Mai 1923 ein Student wegen nächtlicher Ruhestörung von Anwohnern der Sägemüllerstraße verprügelt und mit mehreren Revolverschüssen bedacht, wovon ein Projektil sein rechtes Knie durchschlug (3).

Vor diesem Hintergrund der allgemein politisch instabilen Situation, der speziellen ideologischen Differenzen zwischen den vorwiegend deutschnational eingestellten Professoren und Studenten der Bergakademie auf der einen Seite, sowie linksradikalen Gruppen in Clausthal und Zellerfeld auf der anderen, ferner der Nöte in der vier- bis fünffach überbelegten Hochschule, muß man die im folgenden darzustellenden gemeinsamen Anstrengungen von Repräsentanten der Stadt Goslar sowie des Rektors und Professorenkollegiums der Bergakademie sehen, diese von Clausthal nach Goslar zu verlegen und dort in ausreichenden Neubauten unterzubringen.

Bestrebungen der Bergakademie zur baulichen Erweiterung in Clausthal

Bereits am 6. Februar 1920 hatte Rektor Bruhns eine Denkschrift über die Notwendigkeit der Errichtung eines Neubaus für das bergmännische Institut erstellen lassen, in welcher die Vorstellungen des 1919 berufenen Professors Spackeler einfließen, wobei auch die Belange der in der Besetzung befindlichen zweiten Bergbauprofessur (Professor Schulz ab 1. September 1920) Berücksichtigung fanden. Als ebenso dringend wurde ein Neubau des chemischen Instituts angesehen. Im Falle eines solchen Neubaus sollte das bergmännische Institut im alten chemischen Institut untergebracht werden. Zur Zeit dieser Denkschrift betrug die Zahl der Immatrikulierten 303, im Wintersemester 1920/21 aber bereits 427 und ein Jahr später 693.

Im Frühjahr 1922 wandte sich Rektor Valentin an den Preussischen Baubeamten des Oberbergamtsbezirks Clausthal mit der Bitte, eine Skizze zur räumlichen Erweiterung der Bergakademie anzufertigen, welche er am 12. April 1922 erhielt. Er berichtete am 10. Mai (Gesch. Nr. 864) (1) an den Minister für Handel und Gewerbe und bat, *mit möglichster Beschleunigung eine Erweiterung der Bergakademie ins Auge zu fassen*. Die nahezu vier Seiten

lange Zustandsschilderung der ungeheuer beengten Verhältnisse in der Bergakademie bei 350prozentiger Überbelegung wirkt auch heute noch auf den Leser.

Bereits am 4. September 1922 inspizierte der Geheime Baurat Keyßelitz die Bergakademie und stellte mit dem Rektor eine Liste von Begründungen für die Notwendigkeit eines Erweiterungsbaues auf, die fünf Gründe aufzählt, welche sich unabhängig vom Anwachsen der Studentenzahl ergaben und sieben Begründungen enthält, welche auf die stark angewachsene Studentenzahl abhoben. Das Neubauraumprogramm umfaßte 1738 m² zuzüglich 60% Verkehrs- und sonstige Flächen. Die Kosten wurden in einer ersten Veranschlagung entsprechend dem Vorkriegseinheitspreis des alten Gebäudes auf 433000 Mark geschätzt, was angesichts der Inflation der Mark und einer 150fachen Überteuerung rund 65 Millionen Mark zuzüglich 4 Millionen für den Umbau im alten Gebäude ergab.

Zu Beginn des Wintersemesters 1922/23 stand fest, daß die Studentenzahl weiterhin dramatisch angestiegen war. Der Rektor schrieb am 7. November 1922 (G.-Nr. 2094) (1) erneut an den Minister und teilt mit, die Studentenzahl läge nunmehr bei 900, was den Erweiterungsbau noch dringlicher mache.

Am 10. November (Gesch.-Nr. I 11111) teilte das Handelsministerium mit (1), daß die Finanzverwaltung eine Entscheidung über den Erweiterungsbau erst nach näherer grundsätzlicher und spezieller Prüfung der Bedürfnisfrage treffen wird. Um die Sache aber nicht um ein volles Jahr zu verzögern, ist in den Haushaltsentwurf der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung für 1923 ein Betrag von 100000 Mark für Vorarbeiten eingestellt worden.

In den folgenden Wochen schrieb der Rektor Briefe an verschiedene Abgeordnete des preußischen Landtags, so an den früheren Minister für Handel und Gewerbe, Fischbeck, der der Bergakademie die Rektoratsverfassung und die Promotionsrechte genehmigt hatte, an den früheren Regierungspräsidenten von Campe, an Heinrich Rürup, Vorstandsmitglied des Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikats, an Bergrat Seidel, Düsseldorf, an Dr. Quäet-Faslem, Göttingen, Professor Hoffmann, Münster, und an den Vorsitzenden des Finanzausschusses von Wangenheim. Auch der Deutsche Braunkohlen-Industrie-Verein und der Verein der Deutschen Kaliinteressenten wurden um Mithilfe gebeten. Daraufhin wurde Dr. Pinkerneil als Mitglied der Fachgruppe Bergbau und Abgeordneter für die Interessen der Bergakademie aktiv (1).

Am 6. Dezember 1922 besuchte Dr. Quäet-Faslem mit den Abgeordneten Professor Hoffmann, Johs und Logemann die Bergakademie, um sich von den Zuständen ein Bild zu verschaffen. Quäet-Faslem sagte dem Rektor brieflich zu, daß er alle Landtagsabgeordneten der Provinz Hannover über die Parteien hinweg zu einer gemeinsamen Haltung in der Frage der baulichen Erweiterung der Bergakademie bewegen wolle. Er sagte auch zu, daß sich die Abgeordneten der Zentrumspartei für eine Erhöhung der ersten Planungsrate im Haushalt des Jahres 1923 für die Erweiterungsbauten einsetzen würden (1).

Zwischen Weihnachten und Neujahr erarbeitete der Rektor mit dem Professorenkollegium eine Denkschrift für die Abgeordneten des preußischen Landtags, welche die Nöte der Bergakademie und eine Lösung der räumlichen Probleme durch ein Erweiterungsprogramm darstellte. 450 Druckstücke dieser Denkschrift gingen der Landtagsverwaltung am 10. Januar 1923 zu. Am 12. Januar sprach der Abgeordnete Rürup mit Handelsminister Siering über die Probleme der Bergakademie, und der Abgeordnete Seidel sprach dieserhalb sowohl mit Siering wie auch mit dem Finanzminister von Richter (1).

Befürworter und Kontaktmann des Rektors, aber auch des Kurators Berghauptmann Bornhardt im Handelsministerium war Ministerialrat Hüser, der den Besuch einer gemischten Kommission initiierte. Der Besuch der Kommission, bestehend aus dem Geh. Oberfinanzrat Dr. Erythropel und dem Oberbaurat Gensel vom Finanzministerium, dem Ministerialrat Hüser und dem Geh. Baurat Keyßelitz vom Handelsministerium und

dem Baurat Güldenpfennig vom Regierungspräsidium Hildesheim, erfolgte am 19. und 20. Januar 1923. Den ganzen Sonnabend (20. Januar) verbrachte die Kommission mit Besichtigungen und Anhörungen, wobei von Clausthaler Seite Rektor Valentin, die Professoren Birckenbach, Bode, Bruhns, Schulz, Spackeler und Süchting, der Kurator Berghauptmann Bornhardt, Baurat Ziegler, Bürgermeister Merten und Senator Meyer teilnahmen. Letztere vertraten die Stadt Clausthal in Grundstücksangelegenheiten (1). Die Ergebnisse der abschließenden Besprechung am 20. Januar 1923 halten der Reisebericht der Hochbau- und der Finanzabteilung des Finanzministeriums vom 1. Februar 1923, der gemeinsame Bericht der Kommissionsmitglieder des Finanz- und Handelsministeriums vom 23. Januar 1923 sowie die Aktennotiz des Rektors vom 22. Januar 1923 fest (1). Letztere lautet in aller Kürze:

1. *Es soll eine Verbindung geschaffen werden zwischen dem Südostflügel und dem hüttenmännischen Gebäude, d. h. ein Raum von ca. 12×10 m, 3- wenn möglich 4-stöckig ausgebaut werden. Ferner soll das hüttenmännische Institut auf der anderen Seite um ca. 20 m verlängert werden, mit einem Raumgewinn von ca. 20×13 m Grundfläche und 3 Stockwerken. Mit dieser Erweiterung soll sofort nach Aufstellung des genauen Bauplans begonnen werden. Der Raumgewinn soll in erster Linie dienen zur Schaffung einer Erweiterung der Bergbaukunde, Markscheidkunde, der Physik, der Geologie und zur Schaffung eines großen Hörsaals für Mathematik, jedenfalls nicht für Zwecke der Hüttenfächer. Die Verteilung bleibt im übrigen dem Professorenkollegium der Bergakademie überlassen.*
2. *In den Etat für 1924 soll ein Neubau des chemischen Instituts eingesetzt werden, dessen Pläne sofort auszuarbeiten und mit den Vorschlägen für den Haushaltsplan 1924 einzureichen sind.*
3. *Nach Fertigstellung des neuen Chemie-Gebäudes soll das alte Chemie-Gebäude bzw. der Platz desselben zur Vergrößerung der Institute für Maschinenkunde und Elektrotechnik, für Bergbaukunde, Markscheidkunde, Physik und Geologie verwendet werden.*

Mit Schreiben vom 1. Februar 1923 an das Regierungspräsidium in Hildesheim forderte die Hochbauabteilung des Finanzministeriums *Handskizzen für die geplanten Erweiterungsbauten mit einer überschläglichen Kostenberechnung in doppelter Ausfertigung aufstellen zu lassen und so beschleunigt zu übersenden, daß diese Unterlagen bis spätestens 10. Februar bestimmt in den beiden beteiligten Ministerien bei Hüser und Dr. Erythropel vorliegen* (1).

Das Schreiben enthält ferner Anweisungen zur Bauflicht in der Graupenstraße, da das alte chemische Laboratorium Strengs aus den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts ebenso einem baldigen Neubau weichen sollte wie das baufällige chemische Institut aus den siebziger Jahren, welches bis 1928 die Front zur heutigen Adolph-Roemer-Straße bildete. Ferner enthielt das Schreiben die Anweisung, den Verbindungsbau zwischen dem Hauptgebäude und dem hüttenmännischen Gebäude diesen beiden Gebäuden durch Verputzung anzupassen, während der Anbau in der Graupenstraße, den Harzer Witterungsverhältnissen entsprechend, verbrettert werden sollte.

Mit Schreiben vom 6. Februar 1923 (Gesch.-Nr. la 244) (1) forderte der Minister für Handel und Gewerbe beim Rektor eine Umbauplanung für das Hauptgebäude an. Da auch mit den Erweiterungsbauten der Raumbedarf nicht gedeckt werden konnte, sollte sich das Professorenkollegium auf ein Umbaukonzept einigen. Selbstverständlich gab es wegen der Räume Streit im Professorenkollegium, wobei die Akten für alle Phasen der Entwicklung umfangreiche Einsprüche und Forderungen der Hüttenkunde-Professoren Osann und Hoffmann ausweisen (1). Aus dem Raumplanungskonzept für das Hauptgebäude geht hervor, daß schon 1924/25 wesentliche Teile des durch repräsen-

tative Granitsäulen gegliederten Treppenhauses im Erdgeschoß wie im 1. Stock zugemauert und in Funktionsräume umgewandelt wurden.

Am 13. Februar 1923 wurde im Hauptausschuß des preußischen Landtags unter dem Haushalt der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung der Erweiterungsbau behandelt und positiv beschieden. Der Abgeordnete Osterroth stellte den Antrag namens der Mitglieder der Fraktion der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei im Hauptausschuß, namens der Zentrumspartei brachten die Abgeordneten Brust und Rürup den Antrag ein, und es traten als Einzelantragsteller noch die Abgeordneten Dr. von Waldthausen, Dr. Pinkerneil, Fischbeck und Hartmann auf.

Am selben Tage teilte Minister a. D. Fischbeck dem Rektor in einem handschriftlichen Brief mit, daß der Hauptausschuß im Landtag den Antrag stellen wird, für den sofortigen Baubeginn in Clausthal 5 Millionen Mark als erste Rate zu bewilligen.

Bergrat Seidel berichtete mit Schreiben vom 14. Februar 1923 an den Rektor, daß Minister Siering selbst den Clausthal betreffenden Antrag *bei den Parteien der Sozialdemokraten, Zentrum, Deutschnationalen Volkspartei und Demokraten zur Unterzeichnung herumgereicht habe*.

Am 23. Februar 1923 ermächtigte der Handelsminister (Gesch.-Nr. Ia 289) im Einvernehmen mit dem Finanzminister die Bergakademie, im Einvernehmen mit der Regierung zu Hildesheim mit der Beschaffung der erforderlichen Baumaterialien zu beginnen. Somit war doch in recht kurzer Zeit ein durchschlagender Erfolg erzielt worden, indem Rektor Valentinier es sehr gut verstanden hatte, die Ministerialbürokratie der beiden beteiligten Ministerien, den zuständigen Ressortminister und die richtigen Abgeordneten des Landtages von der Notwendigkeit der Baumaßnahmen zu überzeugen.

Auseinandersetzungen um Pläne, die Bergakademie von Clausthal nach Goslar zu verlegen

Zu den planenden, verwaltungstechnischen und politischen Aktivitäten für die bauliche Erweiterung der Bergakademie Clausthal trat, für nahezu alle bis dahin beteiligten Akteure überraschend, eine neue Variante hinzu. In seinem Schreiben vom 14. Februar 1923 teilte der Abgeordnete Seidel dem Rektor das Folgende mit: *Als beim letzten Etatposten der gestrigen Unterhandlung der Gemeinschaftsantrag betreffend Erweiterungsbau zur Abstimmung gestellt werden sollte, nahm Herr Dr. von Campe zunächst das Wort und plädierte im Hinblick auf die großen Kosten, welche im kommenden und den folgenden Jahren der Ausbau der Akademie noch verursachen würde, dafür die Sache bis zur Plenarsitzung zurückzustellen und zu prüfen, ob nicht aus näher angeführten Gründen eine Verlegung der Bergakademie nach Goslar vorgesehen werden sollte. Ich habe mich gegen diesen Gedanken ausgesprochen mit dem Hinweis, daß dadurch die absolut notwendige baldige Abhilfe in Frage gestellt würde. Im übrigen bin ich der Meinung, daß wenn man erst einmal die Akademie von Clausthal wegnimmt, sie nicht nach Goslar oder Hildesheim, das auch von anderen genannt wurde, kommt, sondern mit der Technischen Hochschule in Hannover vereinigt wird; und wir haben dann dieselbe unglückliche Kombination, wie sie jetzt an der Charlottenburger Hochschule besteht* (1).

Nachdem Quaet-Faslem, Hüser und Fischbeck sich für die Beibehaltung des Gemeinschaftsantrags ausgesprochen hatten, wurde letzterer angenommen.

Seidel teilte in seinem Schreiben dem Rektor ferner mit, daß er ein Schreiben eines ihm unbekannteren Bergwerksdirektors Scharf aus Halle erhalten habe, welcher ebenfalls die Verlegung der Bergakademie nach Goslar befürwortete. Hüser, von Seidel nach der Meinung Minister Sierings befragt, habe gesagt, *er halte es auch für ausgeschlossen, daß die Akademie von Clausthal wegkäme, namentlich wo sich der Minister mit dem Gedanken trägt, das Oberbergamt zu verlegen*. Seidel bat den

Rektor abschließend, die Meinung des Professorenkollegiums in dieser Frage zu erforschen und ihm diese und seine eigene mitzuteilen.

Leider geben die diesbezüglichen Akten im Stadtarchiv Goslar (5) und im Archiv der TU Clausthal (4) über das Zustandekommen der Initiative v. Campes und Scharfs nichts her. Aber es liegt auf der Hand, daß Oberbürgermeister Klinge und der Magistrat der Stadt Goslar die Initiative zur Verlegung der Bergakademie von Clausthal nach Goslar im Einvernehmen mit dem Rektor ergriffen haben. Als Sprecher der Clausthaler Professoren und Befürworter der Verlegung nach Goslar sowie als Verhandlungspartner trat neben dem Rektor von Anfang an Professor Spackeler hervor. Otto Scharf, der sich befürwortend an Seidel gewandt hatte, war einer der Mitbegründer des Vereins von Freunden der Bergakademie Clausthal im Jahre 1921 und späterer Ehrendoktor der Bergakademie. Er war auch einer der ersten drei Träger der Karl-Schnabel-Gedenkmedaille, da er sich unermüdlich der Förderung der Bergakademie gewidmet hatte.

Es läßt sich nur vermuten, daß die immer wieder seit Jahrzehnten geäußerte Kritik der Professoren an den Lebensumständen in der Kleinstadt Clausthal durch die politischen und tätlichen Auseinandersetzungen mit linksradikalen Kräften in den vergangenen Monaten so verschärft worden war, daß sie Spackeler, Valentinier und Klinge in dem Bestreben zusammengeführt hatte, die Probleme durch die Verlegung der Bergakademie nach Goslar zu beseitigen.

Bereits einen Tag vor der Hauptausschußsitzung des Landtages hatte in Goslar der Geldwirtschaftsausschuß der Stadt Goslar in einer Sitzung (12. Februar 1923) beschlossen, den Magistrat in seinem Bestreben zu unterstützen, die Bergakademie nach Goslar zu holen (4). Der Baugrund sollte unentgeltlich sowie ein Baukostenzuschuß seitens der Stadt Goslar zur Verfügung gestellt werden. Am 21. Februar 1923 erhielt Spackeler von Klinge zehn maschinengeschriebene Exemplare einer Denkschrift, die die Stadt Goslar in Druck geben wollte. Aus dem Begleitbrief geht eindeutig hervor, daß bis zu diesem Zeitpunkt Spackeler und Klinge die Akteure in dieser Angelegenheit waren (1). Ein weiteres Exemplar der Denkschrift ging an den 2. AStA-Vorsitzenden Sellingsloh. Der Rektor erhielt die Denkschrift am 23. Februar und gab am 24. Februar ein Exemplar mit Anschreiben an den Kurator Berghauptmann Bornhardt ab, damit dieser noch vor der Sitzung des Professorenkollegiums mit dem Kurator, die um 12 Uhr begann, kurz Kenntnis vom Inhalt der Denkschrift nehmen konnte. Doch schon zwei Tage vorher hatte der Rektor an die Abgeordneten Rürup und Seidel mitgeteilt, daß ihm Spackeler einen Bericht vorgelegt habe, den der Rektor den Herren Abgeordneten zur Kenntnis überlasse (1). Der Rektor kündigte den beiden Abgeordneten an, daß sich das Professorenkollegium für die Verlegung der Bergakademie aussprechen und mit einer Eingabe an das Ministerium wenden würde. Das Ergebnis der Beratung des Professorenkollegiums ist in einem handschriftlichen Briefentwurf des Rektors an Oberbürgermeister Klinge unter dem Datum 24. Februar 1923 enthalten (4). Der Rektor teilte dem Oberbürgermeister mit: *Gern stelle ich fest, daß nach Ansicht des Kollegiums die Ausführungen der Denkschrift den Tatsachen durchaus entsprechen. Wir haben uns deshalb unter Bezugnahme auf Ihre Denkschrift mit dem Antrag an das Handelsministerium gewandt, die Frage der Verlegung schnellstens zu prüfen*. Ferner schrieb der Rektor dem Oberbürgermeister, daß Professor Spackeler und er selbst sich in der kommenden Woche nach Berlin begeben würden, um persönlich die Vorteile darzulegen, die uns die Verlegung für den Unterricht zu haben scheint. Am selben Tage informierte der Rektor den Clausthaler Bürgermeister Mertens über die Goslarer Pläne.

Die fünf Druckseiten lange Denkschrift des Magistrats der Stadt Goslar erschien unter dem Datum 24. Februar 1923 mit der Überschrift *Denkschrift und Antrag betr. die Verlegung der Bergakademie von Clausthal nach Goslar*. Sie sollte als Antrag an die preussische Regierung und an den Landtag gerichtet werden. Beim

Clausthaler Magistrat ging sie am 28. Februar ein.

Die Begründungen der Denkschrift für eine Verlegung der Bergakademie von Clausthal nach Goslar, die durch eine Karte zu veranschaulichen gesucht werden, heben im wesentlichen die verkehrstechnisch günstigere Lage Goslars gegenüber Clausthal hervor. Es werden alle innerhalb eintägiger Exkursionen zu erreichenden Berg-, Hütten- und Salinenwerke, Stahl- und Walzwerke sowie diverse Lagerstättenbereiche angeführt. Insgesamt überzeugt die Argumentation, zumindestens einen heutigen Leser, nicht. Aus der umfassenden Kenntnis der Exkursionsziele Clausthaler Berg- und Hüttenleute sowie die der Geologen und Mineralogen kann geschlossen werden, daß ein mit dem Unterrichtsbetrieb intim Vertrauter an der Goslarer Denkschrift mitgewirkt hat. In der gemeinsamen Sitzung des Goslarer Magistrats und des Bürgervorsteher-Kollegiums am 23. März 1923 wurde unter Punkt IV. des vertraulichen Teils der Sitzung der Magistrat ermächtigt, die Denkschrift an das Staatsministerium, Handelsministerium, Finanzministerium, die Landtagsabgeordneten und weitere einflußreiche Persönlichkeiten zu überreichen (5).

Am 23. Februar 1923 verhandelte der 2. ASTA-Vorsitzende Sellingsloh in Goslar mit dem Stadtsyndikus Dr. Wandtschneider wegen der Bereitstellung von Studentenzimmern, und am darauf folgenden Tage baten die Chargierten Wengeler (Corps Montania) und Kahlhöfer (Corps Hercynia) im Gespräch mit dem Stadtsyndikus um die dringende Zusicherung von unentgeltlicher Zurverfügungstellung von Grund und Boden und Baukostenzuschüssen zur Errichtung von Verbindungshäusern in Goslar (5). Ein diesbezüglicher Magistratsbeschluß wurde am 27. Februar mit der Aussicht gefaßt, daß auch das Bürgervorsteherkollegium diesen Beschluß teilen wird (5). Aus all diesen Reaktionen geht hervor, daß die Professoren wie Studenten eine Verlegung der Bergakademie durchaus begrüßten.

Am selben Tage (27. Februar) fragte der Rektor bei seinen Kollegen an, wieviel Raum sie bei einer Neuerrichtung der Bergakademie in Goslar benötigten. Die Planzahlvorgabe des Rektors war: 500 bis 600 Studenten insgesamt, davon 300 bis 400 Bergleute, 150 Eisenhüttenleute und 50 Metallhüttenleute. Noch am gleichen Tag lagen die Zahlen vor. In der Tabelle sind jeweils die für den Standort Goslar erwünschten Quadratmeterzahlen (links) denjenigen gegenübergestellt, welche sich nach der Errichtung der Erweiterungsbauten in Clausthal ergeben würden (1):

I. Hauptgebäude		
1. Mathematik	280 m ²	235 m ²
2. Physik	838 m ²	501 m ²
3. Mineralogie	830 m ²	800 m ²
4. Geologie	942 m ²	511 m ²
5. Markscheidkunde	195 m ²	187 m ²
6. Rektorat, Verwaltung	435 m ²	201 m ²
7. Studentische Angelegenheiten	210 m ²	140 m ²
8. Großer Hörsaal	200 m ²	175 m ²
Insgesamt	3.930 m ²	2.750 m ²
II. Chemisches Institut	1.865 m ²	1.865 m ² (Neubau 1924)
III. Institut für Bergbaukunde	1.605 m ²	912 m ²
IV. 1. Metallhüttenkunde	670 m ²	474 m ²
2. Eisenhüttenkunde und Gießereiwesen	951 m ²	469 m ²
V. Institut für Metallographie	385 m ²	315 m ²
VI. Maschinenkunde, Elektrotechnik	1.785 m ²	611 m ²
VII. Turnhalle	610 m ²	—
Insgesamt	7.871 m ²	4.646 m ²

Die Neubauforderungen beliefen sich für den Standort Goslar auf etwa 11.800 m² Nutzfläche zuzüglich 60% Nebenflächen, wie Treppen, Flure, Keller usw. Ferner wurde der Bau eines Bibliotheksgebäudes und einer Mensa verlangt.

Der Katalog des Rektors (1) vom 27. Februar 1923 sieht die folgende Kostenaufteilung vor:

A. Goslar hätte aufzukommen gänzlich für Kosten der Errichtung des Hauptgebäudes, der Hüttenkunde und Metallographie, ca. ein Drittel der Kosten des Instituts für Maschinenkunde und Elektrotechnik, ferner zu sorgen für Bibliotheksräume, Turnhalle, Mensa, Beamtendienstwohnungen, Wohnungen für

Assistenten, Angestellte, Arbeiter, studentische Verbindungshäuser, und träte in Clausthal in den Besitz des Hauptgebäudes, Hüttenmännischen Gebäudes, Instituts für Maschinenkunde und Elektrotechnik, Instituts für Metallographie, evtl. der Verbindungshäuser und der Häuser der Professoren.

B. Dem Staat obläge, entsprechend den begonnenen Bauplanungen und der Kosten, die Mittel für den Bau des chemischen Instituts, des Instituts für Bergbaukunde und zwei Drittel des Instituts für Maschinenkunde und Elektrotechnik zu tragen.

Zur weiteren Klarstellung ließ der Rektor eine Wertermittlung der Gebäude der Bergakademie in Clausthal erstellen, um dem Goslarer Magistrat den Verkehrswert der Gebäude auf Goldmarkbasis mitteilen zu können. Die Gebäude in Clausthal sollten nach den Vorstellungen des Rektors als Kompensation der von der Stadt Goslar in Goslar neu zu errichtenden Gebäude in den Besitz Goslars übergehen.

Ferner enthielt der Forderungskatalog des Rektors eine Aufstellung der in Goslar benötigten Wohnungen:

- Beamtenwohnungen:
 - 11 Professoren und 3 Dozenten je 7 Zimmer mit Zubehör
 - 1 Verwaltungsbeamter 5 Zimmer mit Zubehör
 - 1 Modellmeister
 - 1 Modelleur
 - 1 Hausmeister je 3 Zimmer mit Zubehör
- Assistentenwohnungen (einschließlich der Wohnung des Turnlehrers): 21 Assistenten, meist vorübergehend angestellt, davon etwa ein Viertel verheiratet; davon 3 auf längere Zeit angestellt, für diese je 4 Zimmer mit Zubehör
- Angestelltenwohnungen: 35 Institutsangestellte; davon 10 verheiratet, für diese je 3 Zimmer mit Zubehör
- Arbeiterwohnungen: 2 Arbeiterfamilien.

Von den Angestellten und Arbeitern (evtl. auch den unverheirateten Assistenten) sollten in jedem der zur Akademie gehörenden Gebäude mindestens einer wohnen.

Mit Brief vom 26. Februar 1923 teilte Ministerialrat Hüser dem Rektor mit, daß Minister Siering bereit sei, den Rektor und Spackeler am 2. März um 10 Uhr in Berlin zu empfangen (1). Hüser schrieb ferner, daß der Hauptausschuß Mittel im Werte von 225 000 Vorkriegsmark für das laufende Haushaltsjahr für die räumliche Erweiterung der Bergakademie vorschlägt und daß er befürchte, diese Maßnahme könnte durch die Verlegungswünsche nach Goslar gestört werden. Die Ministerien verfolgten auch nach dem Besuch Valentiners und Spackelers beim Minister den eingeschlagenen Kurs. Das weist ein Brief des Finanzministeriums (Gesch.-Nr. Ia 659/23) vom 28. März 1923 an den Rektor aus (1), in welchem ein Bericht vom 13. März über eine Reise des Oberbergrats Gensel, Finanzministerium, des Geh. Baurats Keyßelitz, Handelsministerium, und des Regierungs- und Baurats Gildenpennig, Regierung Hildesheim, zur örtlichen Vorprüfung der Entwürfe für die Erweiterungsbauten am 9. und 10. März eingeschlossen ist. Von Clausthaler Seite nahmen an den Gesprächen der Kurator, der Rektor, der örtliche Baubeamte und die Professoren Birckenbach, Schulz und Spackeler teil. Keyßelitz wies einleitend darauf hin, daß es derzeit aus finanziellen Gründen unmöglich sei, die Bergakademie zu verlegen. Der passive Widerstand des Reiches, Preußens sowie der Bevölkerung im Ruhrgebiet gegen die Besetzung des Industrieviers durch französische und belgische Truppen seit dem 11. Januar 1923 zog die allerschwersten finanziellen Folgen nach sich. Keyßelitz führte weiter aus, daß der von der Stadt Goslar angebotene Kostenbeitrag völlig unzureichend sei. Daher sehe er die einzige Möglichkeit einer Abhilfe der jetzigen unhaltbaren Raumzustände in der schleunigen Durchführung der festgelegten Pläne.

Am 28. Februar 1923 reiste eine vierköpfige Delegation der Clausthaler kommunalen Körperschaften unter Führung von Bürgermeister Merten nach Hannover und Berlin, um in der Angelegenheit einer möglichen Verlegung der Bergakademie aktiv zu

werden. Der Delegation gehörten ferner der Worthalter des Bürgervorsteher-Kollegiums Dr. Ebel, Senator Meyer und Bürgervorsteher Bergrat Spinzig an. Über die Ergebnisse der Reise unterrichtete Bürgermeister Merten am 8. März in einer gemeinsamen öffentlichen Sitzung der städtischen Körperschaften Clausthals und Zellerfelds die gewählten Bürgervertreter. Danach hatte der Oberpräsident der Provinz Hannover, Gustav Noske, sich der Clausthaler Delegation gegenüber geäußert, daß *er keine hannoversche Stadt totmachen werde, um eine andere zu vergrößern* (6). Auch der Landeshauptmann habe seitens der Provinzialverwaltung versichert, daß man für das Verbleiben der Bergakademie Clausthal eintreten werde. In gleicher Weise hätte sich der Oberbürgermeister der Stadt Hannover, Leinert, zugleich Präsident des preußischen Landtags, geäußert (6). Mit Schreiben vom 17. März an den Rektor bestritt Landtagspräsident Leinert allerdings eine Stellungnahme zugunsten der Bergstadt oder der Bergakademie. Er erklärte, eine Prüfung durch den Handelsminister abwarten zu wollen (4). Bürgermeister Merten sagte, daß man in Berlin von Handelsminister Siering beruhigt worden sei, der erklärt habe, daß eine Verlegung ausgeschlossen sei. Das sei auch die Meinung des Oberberghauptmanns gewesen.

In der zweistündigen Debatte zu den Verlegungsplänen prallten die Meinungen der kommunalen Vertreter aufeinander (6). Der Rektor, zugleich Bürgervorsteher in Clausthal, sparte nicht mit Vorwürfen an die Adresse der beiden Städte, insbesondere Clausthals. Die anderen Redner versuchten einzulenken und deuteten Verbesserungsmöglichkeiten bezüglich der Versorgung der Bergakademie mit Gas und Wasser und ein zukünftiges besseres Entgegenkommen der Stadt an. Auch die politischen Streitigkeiten spielten in der Debatte eine immer wiederkehrende Rolle, wurden jedoch vom Bürgermeister und den bürgerlichen Rednern verharmlost. Nur der sozialdemokratische Bürgervorsteher Stolze vertrat die Meinung, daß man die Professoren und Studenten ziehen lassen sollte, denn die Bergarbeiter hätten keinen Vorteil von den Studenten (6). Er sprach den Verdacht aus, daß die Professoren den Plan gemeinsam mit dem Goslarer Magistrat ausgedacht hätten und die Professoren und Studenten noch andere hätten, als die hier zur Sprache gebrachten.

In der Presse wurden die Ereignisse höchst emotional dargestellt. So erschien der erste diesbezügliche Aufsatz in den Öffentlichen Anzeigen als Leitartikel (2. März 1923) unter der Überschrift *Goslar's Raubpläne!*

Bereits am 10. März wandten sich die Städte Clausthal und Zellerfeld in einer gemeinsamen Denkschrift an die preußische Regierung und die Abgeordneten des Landtages. In dieser *Stellungnahme Clausthal-Zellerfelds gegen die von Goslar geplante Verlegung der Clausthaler Bergakademie* (1) wird auf knapp zwei Druckseiten begründet, daß Clausthal und Zellerfeld durch eine Verlegung in ihrer Wirtschaftskraft entscheidend geschwächt würden. Es wurde abschließend dringlichst um die Erhaltung und den Ausbau der Bergakademie Clausthal gebeten und versichert, *alles im Interesse der Bergakademie zu tun und sie nach jeder Richtung hin zu fördern*. Am 17. März ging eine Mitteilung Bürgermeister Mertens mit der Denkschrift an den Magistrat der Stadt Goslar (4).

Inzwischen hatte der Abgeordnete Seidel am 8. März an den Rektor einen Brief mit der Bitte geschickt, ihm über das Ergebnis der Gespräche zu berichten, die Valentiner und Spackeler mit dem Handels- und dem Finanzminister am 2. März in Berlin geführt hatten (1). Ferner schlug Seidel vor, die Erweiterungsbauten in Clausthal im Landtag weiter zu betreiben *und nebenher die Frage Goslar*. Dieser Linie folgte der Rektor, indem er alle Abgeordneten, die bereits vorher für den Ausbau der Bergakademie tätig geworden waren, bat (12. März), sich in der 2. Lesung für den die Bergakademie betreffenden Entschließungsantrag einzusetzen, jedoch auch die Prüfung des Antrages der Stadt Goslar durch das Staatsministerium zu verlangen. Mit gleichem Datum schrieb der Rektor an verschiedene Industrieverbände der Mon-

tan- und Hüttenindustrie, warb für die Verlegung der Bergakademie nach Goslar und bat darum, *unseren Antrag beim Staatsministerium, insbesondere beim Herrn Minister für Handel und Gewerbe und beim Herrn Minister des Innern zu befürworten*.

Auch dem Handelsminister Siering und dem Finanzminister von Richter schickte der Rektor am 12. März Briefe (1) mit der Eingabe des Professorenkollegiums zur Verlegung der Bergakademie nach Goslar, nebst einem Randbericht des Kurators Berghauptmann Bornhardt, und betonte: *Unser dringender Wunsch ist es, daß der Plan von der Staatsregierung geprüft werden möge, bevor mit dem Bau des Chemie-Gebäudes begonnen wird. Das Professorenkollegium ist mit der Ausarbeitung einer Denkschrift beschäftigt und wird auch diese Euer Exzellenz direkt vorzulegen, die Ehre haben*.

Offenbar hatten die Clausthaler Professoren erkannt, daß die Denkschrift der Stadt Goslar zu oberflächlich gehalten war und stärkere Argumente eingebracht werden mußten. Ein Entwurf hierzu lag bereits am 13. März aus der Feder Spackelers vor (1). Hierin wird noch einmal auf den Rückgang des Oberharzer Bergbaus und der Hütten sowie auf die ungünstigen Verkehrsverhältnisse eingegangen, hinzu aber kommt als neues Argument, die vom Handelsminister beabsichtigte Verlegung des Oberbergamtes Clausthal mit einer sehr ausführlichen Darstellung der möglichen Auswirkungen auf die Bergakademie und das Schulwesen der Stadt. Der Entwurf Spackelers wurde vom Rektor sehr gründlich überarbeitet. Insbesondere wies er auf die Schwierigkeiten hin, qualifizierte Professoren nach Clausthal zu berufen und führte eine Anzahl von Strukturschwächen der Stadt Clausthal an, die die Arbeit der Bergakademie behinderten und Forschungsarbeiten teilweise unmöglich machten (1). Des weiteren führte Valentiner Lösungsvorschläge zur Ansiedlung von Industriebetrieben an, um den Verlust des Oberbergamtes und der Bergakademie auszugleichen.

Die Denkschrift war erst Ende März fertiggestellt und erschien gedruckt unter dem Datum 10. April 1923 (4). Inzwischen hatte der preußische Landtag am 17. März 1923 (Landtagssache Nr. 4905) den Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. von Campe, Schropp, Boust, Dr. von Waldthausen, Barteld und Genossen angenommen. *Das Staatsministerium wird er-sucht:*

1. *mit dem im Haushaltsplan vorgesehenen Anbau an das Bergakademiegebäude zu Clausthal, soweit dringend erforderlich, schleunigst zu beginnen,*
2. *den Antrag der Stadt Goslar auf Verlegung der Bergakademie einer schleunigen eingehenden Prüfung zu unterziehen und dabei sowohl den an den wissenschaftlichen Lehrbetrieb einer Hochschule zu stellenden Anforderungen als auch den heute besonders wichtigen bergbaulichen Interessen im vollen Umfange Rechnung zu tragen,*
3. *keiner Lösung zuzustimmen, die den Bestand einer selbständigen preußischen Bergakademie in Frage stellt,*
4. *für den Fall des Verbleibens der Bergakademie in Clausthal schon im nächsten Haushalt die für den allseits als notwendig anerkannten Ausbau der Akademiegebäude nötigen Mittel auszuwerfen,*
5. *für den Fall der Verlegung der Akademie der Stadt Clausthal alle nur möglichen Entschädigungen zu gewähren,*
6. *dem Landtage schleunigst über die gefaßten Beschlüsse Mitteilung zu machen* (4).

Der Landtagsbeschluß vom 17. März 1923 wurde auf Veranlassung des Rektors in einer hinreichenden Zahl abgedruckt und den Exemplaren der Denkschrift des Professorenkollegiums, welche zur Versendung kamen, beigelegt. Drei Exemplare der Denkschrift schickte Rektor Valentiner am 18. April an den Clausthaler Bürgermeister Merten. Ferner ging die Denkschrift an die beteiligten Ministerien, den Oberpräsidenten, den Regierungspräsidenten, die Landtagsabgeordneten, Industrie- und Wirtschaftsverbände, an die Stadt Goslar und im Nachgang an

23. April an den Preußischen Oberberghauptmann Schantz. Selbstverständlich fand die Frage einer eventuellen Verlegung der Bergakademie auch ein Echo in der überregionalen Presse sowie in Fachzeitschriften. Am 25. April empfahl die VDI-Zeitschrift die Auflösung der selbständigen Bergakademie Clausthal und ihre Ausbildungsgänge an die Technischen Hochschulen zu verlagern, so wie die Bergakademie Berlin ein Jahrzehnt früher in die Technische Hochschule zu Charlottenburg inkorporiert worden war. Hingegen nahm die Neue Deutsche Bergbau-Zeitung in ihrer Ausgabe vom 27. April 1923 in einem sehr ausführlichen Leitartikel für die Denkschrift der Clausthaler Professoren Partei. Im April, Mai und Juni 1923 fanden noch Beratungen zwischen Vertretern der Stadt Goslar und der Bergakademie Clausthal über die beabsichtigte Verlegung nach Goslar statt, doch hatte Spackeler bereits am 8. Mai in Berlin erfahren, daß das Handelsministerium die vom Landtag geforderte Prüfung bereits vorgenommen und *beendet habe und in diesen Tagen dem Landtag als Resultat der Prüfung den Entschluß der Prüfung mitteilen werde, die Akademie in Clausthal zu belassen.* (Brief des Rektors vom 11. Mai 1923 an mehrere Abgeordnete des preußischen Landtags) (4). Nach einer Mitteilung des Abgeordneten Seidel vom 9. Juni wurde gegen die dem Landtag vorgelegte Antwort des Ministers für Handel und Gewerbe (Drucksache 5314) kein Einspruch erhoben.

Erweiterungsbauten

Im Frühsommer 1923 wurden bereits die Mittel für die Beschaffung von Baumaterial und für die Ausschachtungsarbeiten zugewiesen. Der Rektor erklärte sich auf Forderung des Finanzministers bereit, dem Leiter der Bauarbeiten, Regierungsbaumeister Wittneben, ein Baubüro im Hauptgebäude der Bergakademie einzurichten. Obwohl wegen der schwierigen Finanzlage und der hohen Inflation gelegentlich keine Mittel zur Bezahlung der Handwerker zur Verfügung standen, wurden die Bauarbeiten zügig vorangetrieben, so daß Baurat Güldenpennig, Regierungspräsidium Hildesheim, in seinem Bericht vom 8. Januar 1924 feststellen konnte: *Die Bauten waren, als strenge Kälte einsetzte, im Rohbau fertiggestellt, die Dächer, den klimatischen Verhältnissen des Harzes entsprechend, verschalt, mit Teerpappe überzogen und zum Teil schon eingedeckt, so daß Niederschläge von oben nicht eindringen können.* Als Notbedarf zur Bezahlung kapitalarmer Handwerker forderte der Baubeamte für den Monat Januar 1924 zwanzigtausend Billionen Mark an (1).

Dennoch wurde der Bau wegen Mangels an Geld im Januar 1924 eingestellt. In einem Schreiben vom 15. Februar 1924 an den Abgeordneten Barteld, Hannover, beschreibt der Rektor die Notsituation im Hauptgebäude, die dadurch entstanden war, daß

das südliche Treppenhaus abgerissen werden mußte, um den Zwischentrakt zwischen dem Hüttenmännischen Gebäude und dem Hauptgebäude errichten zu können. Durch den Neubau fegten Wind und Schnee in die offene Flanke des Hauptgebäudes hinein (1).

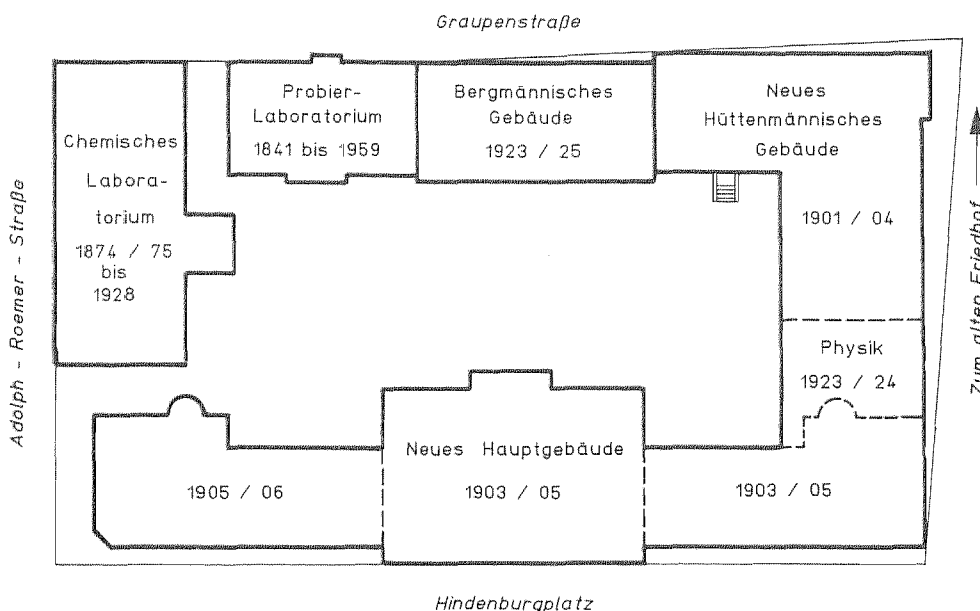
Am 3. März 1924 meldeten die *Täglichen Montan-Berichte*, Wien, daß auf eine parlamentarische Anfrage im preußischen Landtag, ob die Regierung bereit sei, den Ausbau der Bergakademie Clausthal vorzunehmen, der Handelsminister antwortete, daß noch nicht zu übersehen sei, ob hierfür Mittel bereitgestellt werden könnten (1). Schon eine Woche später teilte der Abgeordnete von Campe dem Rektor mit, daß der Ausbau weitergeführt werde. Der Beginn des Neubaus eines chemischen Instituts, welcher für den 1. April 1924 vorgesehen worden war, mußte auf unbestimmte Zeit verschoben werden.

Im Sommer zeigte sich sehr schnell, daß die bewilligten Mittel nicht ausreichen würden, die beiden neuen Baukörper bezugsfähig auszubauen. So mußte die Zuweisung um 31 % erhöht werden. Der Bezug der beiden Neubauten erfolgte ab der zweiten Januarhälfte des Jahres 1925. Für den Abschluß des Ausbaus und der Umbauarbeiten im Hauptgebäude wurden im Jahre 1925 noch einmal 44 000 Rentenmark im Haushalt des Handelsministeriums veranschlagt (1). Inzwischen war die Inflationszeit zu Ende gegangen.

Der Neubau des chemischen Instituts konnte erst ein Jahr später mit Mitteln eines privaten Stifters auf den Spittelwiesen begonnen werden und wurde, da dieser in einen Bankrott geriet, mit staatlichen Mitteln vollendet.

Schlußbemerkungen

Man könnte angesichts des skurril erscheinenden Sachverhalts, daß die Stadt Goslar alle Gebäude der Bergakademie in Clausthal und möglichst auch noch alle Verbindungs- und Professorenhäuser erwerben sollte, um in Goslar gemeinsam mit dem preußischen Staat eine neue und wesentlich erweiterte Bergakademie zu erbauen, auf den Gedanken kommen, daß Rektor Valentiner und der eigentliche Promotor der Angelegenheit, Professor Spackeler, ein doppeltes Spiel betrieben hätten, um mit Hilfe der Diskussionen im preußischen Landtag und der Auseinandersetzungen zwischen den Städten Clausthal-Zellerfeld und Goslar die eigenen Neubauwünsche in das öffentliche Bewußtsein zu rücken und deren Realisierung durchzudrücken. Dem steht aber der Inhalt von Briefen des Rektors vom 11. Mai 1923 an die Landtagsabgeordneten Seidel, von Campe, Hoffmann und an den Regierungspräsidenten von Halfern entgegen, in welcher die Vorgehensweise des Ministeriums und seine Entscheidung gegen die Verlegung der Bergakademie nach Goslar und für



Lageplan (Neuzeichnung) des Gebäudes der Bergakademie aus der Festschrift der Einweihungsfeierlichkeiten für die neuen Gebäude (14. bis 17. Mai 1907), ergänzt um die Neubauten der Jahre 1923 bis 1925. Die Straßennamen entsprechen der heutigen Benennung. Die Adolph-Roemer-Straße war früher die Goslarsche Straße und der Hindenburgplatz der Marktplatz. Die für die beiden Laboratorien angegebenen Jahreszahlen 1928 und 1959 bezeichnen den jeweiligen Zeitpunkt des Gebäudeabbrisses.

den Ausbau am Standort Clausthal beklagt wird. Der Rektor legte in seinem Schreiben noch einmal Gründe für die Verlegung nach Goslar dar (4).

Dem preußischen Parlament und den beteiligten Ministerien und Baubehörden muß man Respekt zollen, daß es trotz ungeheurer schwieriger politischer und finanzieller Verhältnisse gelang, in weniger als zwei Jahren die drückendste Raumnot der Bergakademie zu beheben.

Ergänzend soll noch darauf hingewiesen werden, daß im Jahre 1938 ein weiteres Mal Pläne diskutiert wurden, die Bergakademie Clausthal nach Goslar zu verlegen. Der Bergschulverein hatte im Jahre 1938 vom Reichserziehungsminister und Gauleiter der NSDAP für Südhannover-Braunschweig, R u s t, die Genehmigung erhalten, die Clausthaler Berg- und Hüttenschule in einen noch zu errichtenden Neubau nach Goslar zu verlegen (7). Daraufhin sprach der Rektor der Bergakademie Clausthal, Professor Dr. G r o t h e, Gauleiter R u s t am 7. Mai 1938 wegen der Raumprobleme der Bergakademie an und deutete auf den Wunsch der Bergakademie hin, ebenfalls nach Goslar verlegt zu werden. R u s t lehnte offenbar nicht sofort ab, und so nahm G r o t h e Verhandlungen mit dem Oberbürgermeister der Stadt Goslar, Dr. D r o s t e, auf, der mehrere Bauareale anbot, wobei der Rektor einem Gelände beim Forsthaus Bleiche oberhalb der Stadt Goslar den Vorzug gab (7).

Am 10. Juni 1938 schickte Rektor G r o t h e eine elf Seiten lange maschinengeschriebene Denkschrift an Reichsminister R u s t nach Berlin, welche in ihren wesentlichen Inhalten auf der Denkschrift des Professorenkollegiums von 1923 aufbaute (7).

Die 1934 zur Reichsbauernstadt erklärte Stadt Goslar war in ihren Erwartungen, daß zentrale Verwaltungsorgane des *Reichsnähr-*

standes in Goslar ihren Sitz nehmen würden, arg enttäuscht worden. In einem derart zentralistisch organisierten Staat, wie dem nationalsozialistischen, sammelten sich alle wichtigen Behörden in unmittelbarer Nähe des Machtzentrums, nämlich in Berlin. Auch die Errichtung einer Reichsbauernhochschule in Goslar blieb reine Deklamation.

Nach einem weiteren Memorandum an R u s t und nach zahlreichen Briefen an die Generaldirektoren großer Industriekonzerne sowie an Repräsentanten von Wirtschaftsverbänden mit der Bitte um Beistand, nahmen die Aktivitäten des Rektors Ende 1938 ein schnelles Ende, da deutlich wurde, daß das Finanzministerium kein Geld für die Verlegung der Bergakademie nach Goslar zur Verfügung stellen würde (7). Tatsächlich wurde in der gesamten Zeit des NS-Regimes nicht ein einziges Gebäude für die Bergakademie errichtet. Die in jener Zeit nach Clausthal-Zellerfeld fließenden Baumittel dienten dem Bau und der Erweiterung einer großen Munitionsfabrik.

Quellenangaben:

- (1) Erweiterungs- und Anbau 1922–1943. Akte 14 Archiv der TU Clausthal.
- (2) Rektoratsberichte 1921–1925. Festschrift zur 150-Jahrfeier der Bergakademie Clausthal. Clausthal-Zellerfeld 1925.
- (3) Studentische politische Angelegenheiten 1922/23. Akte Archiv der TU Clausthal.
- (4) Pläne über Verlegung der Bergakademie 1923. Akte 16 Archiv der TU Clausthal.
- (5) Verlegung der Bergakademie Clausthal nach Goslar. Abt. I Fach 43 Nr. 1 (1923). Stadtarchiv Goslar.
- (6) Öffentliche Anzeigen für den Oberharz. Nr. 58 vom 9. 3. 1923 und Goslarsche Zeitung Nr. 58 vom 9. 3. 1923.
- (7) Pläne zur Verlegung der Bergakademie nach Goslar 1938. Akte 1b Archiv der TU Clausthal.